

Politik brief

Februar
2017

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI



Wahl 2017

Darauf kommt's an.

Industriepolitik: Sicherheit und Stabilität geben

Wahl 2017: Attraktive Bedingungen für Unternehmen schaffen

Energiepolitik: Kosten senken oder mindestens einfrieren

Klimapolitik: Ganzheitlichen Ansatz verfolgen

Forschungspolitik: Deutschland zum Innovationsweltmeister machen

Steuerpolitik: Investitionen weiter ermöglichen

Gesundheitspolitik: Innovative Therapien und Wirkstoffe fördern

Agrarpolitik: Innovationen für eine moderne Landwirtschaft

Schlaglichter: Wichtige volkswirtschaftliche Stütze

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Seite 5

Seite 6

Seite 7

Seite 8

Seite 9

Seite 10

Industriepolitik

Sicherheit und Stabilität geben

Ob Brexit, das vorerst auf Eis gelegte Freihandelsabkommen TTIP oder der jüngste Regierungswechsel in den USA: Das Wahljahr 2017 beginnt in einem Klima großer politischer Unsicherheit. Mehr denn je kommt es deshalb auf Stabilitätsanker an. Ein solcher ist die Chemie- und Pharma-Branche: Sie gehört mit ihren 446.000 Mitarbeitern nach Automobil- und Maschinenbau zu den drei umsatzstärksten Industriezweigen des Landes. Zudem ist keine andere Branche an ähnlich vielen Wertschöpfungsketten beteiligt.

Allerdings trübt sich die Stimmung der Unternehmen zunehmend ein. Die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur zehrt ebenso an der Standortqualität wie teure nationale Alleingänge beim Klimaschutz und die ständig steigenden Energiekosten. Allein die EEG-Umlage kostete die Chemiebetriebe im vergangenen Jahr mehr als 1 Milliarde Euro.

Zugleich befindet sich gerade die Welt der chemischen Industrie in einem grundsätzlichen Umbruch: Sowohl die Verschiebung der Wachstumszentren in Richtung Südostasien als auch die zunehmende Innovationsstärke anderer Länder machen den Unternehmen am Standort Deutschland zu schaffen.

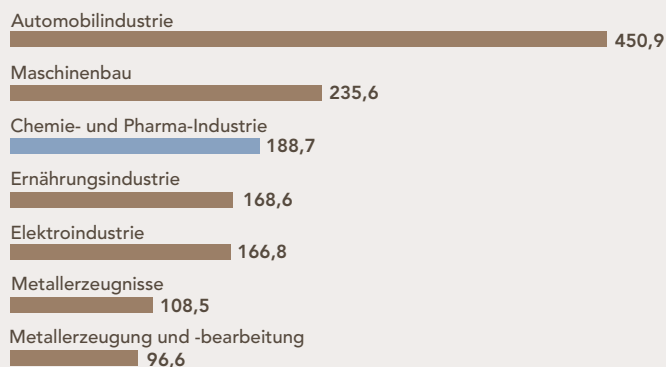
Darüber hinaus nehmen Diskussionen über Risiken und Grenzwerte wieder verstärkt Fahrt auf. Dem Anspruch auf eine „Null-Risiko-Gesellschaft“ versucht die Branche eine faktenbasierte Akzeptanzdebatte entgegenzusetzen.

Zu guter Letzt erfordern die Globalisierung und Digitalisierung der Wertschöpfungsketten, dass viele Prozesse und Geschäftsmodelle stetig angepasst werden.

Damit die Chemie- und Pharma-Unternehmen all diese Herausforderungen gut bewältigen können, brauchen sie eine Politik der Sicherheit und Stabilität.

DIE CHEMIE IST EIN STABILITÄTSANKER

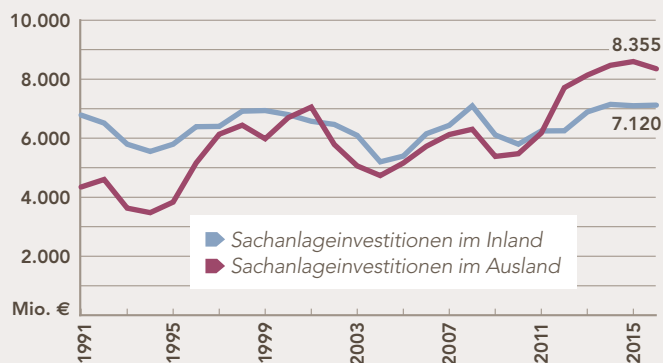
Umsätze der Industriezweige, 2015, in Mrd. Euro;
Quellen: Destatis, VCI



Die deutsche Chemie- und Pharma-Industrie gehört zu den führenden Industriezweigen des Landes. Gemessen am Umsatz ist sie die drittstärkste Branche.

STANDORTSCHWÄCHE LENKT INVESTITIONEN INS AUSLAND

Sachanlageinvestitionen der deutschen Chemie, 1991-2016, in Mio. Euro; Quellen: Destatis, VCI



Seit 2012 investiert die Branche mehr in Produktionsanlagen und Gebäude außerhalb Deutschlands als im Inland. Das Volumen ist mittlerweile beinahe doppelt so hoch wie 1991.

Die Chemie kommuniziert zur Bundestagswahl auch in den sozialen Netzwerken:

www.twitter.com/chemieverband
www.facebook.com/chemieverbandVCI

#btw17



Politikbrief „Wahl 2017“

Noch mehr Informationen zu den industriepolitischen Positionen der Chemie- und Pharma-Industrie zur Bundestagswahl:

www.vci.de/politikbrief



Bundestagswahl 2017

Attraktive Bedingungen für Unternehmen schaffen

Eine stabile Wirtschaft mit leistungsstarken Unternehmen bietet Arbeitsplätze, garantiert Steuereinnahmen und ermöglicht so staatliche Handlungsfähigkeit. Wichtig: eine Politik, die Unternehmen fördert statt sie zu behindern.

Wesentliche Stellschrauben aus Sicht der Chemie- und Pharma-Industrie sind:

Energiekosten deckeln

- Wegen der steigenden EEG-Umlage zahlt die Industrie Spitzenpreise für Strom. Eine echte Kostenbremse ist dringend erforderlich – etwa über alternative Finanzierungsmodelle für die Förderung erneuerbarer Energien.

Keine einseitigen Klimaziele setzen

- Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung und kann nur international gelöst werden. Nationale Alleingänge wie ein Klimaschutzgesetz sind zu vermeiden. Der EU-Emissionshandel muss die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten.

Innovationen ermöglichen

- Mittel- bis langfristig sollen 3,5 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung fließen. Neben den Förderprogrammen muss dafür auch der Rechtsrahmen

verbessert werden – unter anderem über einen „Innovations-Check“ in der Gesetzesfolgenabschätzung. Zudem ist schnellstmöglich die steuerliche Forschungsförderung einzuführen.

In Bildung investieren

- Die Industrie braucht bestens ausgebildete Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter. Gute Bildung, insbesondere in forschungsorientierten Fächern, ist dafür wesentlich.

Life Sciences unterstützen

- Die künftige Bundesregierung muss die Grundlagenforschung in diesem Zukunftsfeld ebenso unterstützen wie Markteinführungen. Dazu gehört neben der ausreichenden Vergütung von innovativen Arzneimitteln auch ein Umfeld, in dem moderner Pflanzenschutz zur Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung beitragen kann.

Infrastruktur verbessern

- Die Chemie ist eine transportintensive Branche. Alle Verkehrsträger sind entsprechend ihres Sanierungsbedarfs, Wirtschaftspotenzials und des Verkehrsaufkommens auszubauen.

Digitalisierung vorantreiben

- Damit die Chemie im digitalen Wandel

international anschlussfähig bleibt, ist flächendeckendes Breitband-Internet unerlässlich. Darüber hinaus müssen rechtliche Unklarheiten beim Datenschutz beseitigt werden.

Für Freihandel einsetzen

- Für die Chemie als global vernetzte Industrie ist der aktuelle Trend zum Protektionismus besorgniserregend. Vor allem die Handelsbeziehungen zu wichtigen Absatzmärkten wie den USA, Großbritannien und Kanada müssen sichergestellt und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

Bürokratie abbauen

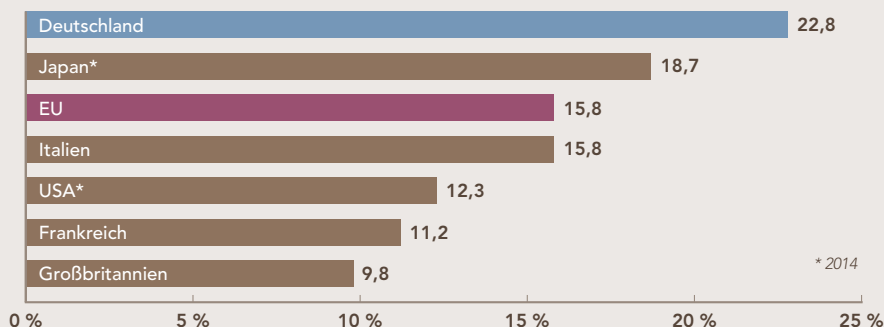
- Deutschland hat die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus erkannt. Es gilt, diesen Weg konsequent fortzusetzen und sich auf Verbesserungen zu konzentrieren, die eindeutig zur Stärkung des Produktionsstandorts führen.

Effiziente und rechtssichere Genehmigungsverfahren

- Ein starker Wirtschaftsstandort ist auf einen klaren und möglichst einfachen und praktikablen Rechtsrahmen angewiesen. Nur so entstehen Investitionen und Innovationen. Bestehende Schutzniveaus sind zu erhalten.

DEUTSCHLAND IST EIN INDUSTRIELAND

Anteile der Industrie an der Bruttowertschöpfung, 2015, in Prozent;
Quellen: OECD, VCI



Die Industrie trägt etwa 622 Milliarden Euro direkt zur deutschen Gesamtwirtschaft bei – das ist ein Anteil von rund 22,8 Prozent. Deutschland übertrifft damit den EU-Durchschnitt und andere Industrienationen wie Japan und die USA deutlich. Dies gilt es zu bewahren und zu verbessern.

Energiepolitik

Kosten senken oder mindestens einfrieren

Die Bundesregierung verfolgt beim Umbau der Energieversorgung ambitionierte Ziele. Bis 2050 sollen die erneuerbaren Energien 80 Prozent der Stromversorgung erbringen. Die chemisch-pharmazeutische Industrie trägt mit ihren innovativen Produkten zum Gelingen der Energiewende bei – pocht aber gleichzeitig auf wirtschaftliche Machbarkeit dieses gesamtgesellschaftlichen Megaprojekts.

Seit Jahren zahlen die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich Spitzenpreise für Industriestrom. Hauptgrund sind staatliche Aufschläge wie Steuern, insbesondere die EEG-Umlage: Die massive Subventionierung von Solar-, Biomasse- und Windkraftanlagen kostet die Stromverbraucher mittlerweile 24 Milliarden Euro pro Jahr. Positive Entwicklungen wie sinkende Preise an der Strombörse kommen durch staatlich verursachte Aufschläge wie EEG-Umlage und steigende Netzentgelte nicht zum Tragen. Die hohen Aufwendungen sind ein klarer Nachteil im internationalen Wettbewerb. Zu hohe Produktionskosten (zum Beispiel Strom) belasten Unternehmen, die als Innovationstreiber zum Gelingen

der Energiewende beitragen. Die bisherigen Reformen haben noch nicht zu den notwendigen Entlastungen geführt. Die Finanzierung der Energiewende muss deshalb politisches Top-Thema bleiben.

Dazu empfiehlt der VCI:

Kostenbremse ziehen

- Das kürzlich beschlossene Ausschreibungsmodell bringt Wind- und Solaranlagen zwar näher an den Markt. Das reicht allerdings noch nicht aus. Die übrigen Kostentreiber beim Ausbau der Erneuerbaren müssen jetzt in den Fokus gerückt werden.

Alternative Finanzierung einführen

- Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte als solche finanziert werden. Statt weiter die Stromverbraucher über die EEG-Umlage einseitig zu belasten, sind Alternativen zu prüfen – zum Beispiel eine Finanzierung über den Bundeshaushalt mit parlamentarischer Kontrolle.

Netze bedarfsgerecht ausbauen

- Der dringend erforderliche Ausbau der Höchstspannungsnetze erfolgt nicht schnell genug. Von den bis 2022 geplan-

ten 6.100 Kilometern neuer Stromtrassen sind derzeit gerade einmal 65 Kilometer gebaut. Die Anstrengungen sind dringend zu forcieren und der Ausbau der Erneuerbaren mit dem Netzausbau in Einklang zu bringen.

Zu hohe Reserven verhindern

- Stillgelegte Kraftwerke sollen nach dem Willen der Bundesregierung bei Engpässen wieder hochgefahren werden und eine gleichmäßige Stromversorgung sicherstellen. Die dafür zugesicherten Kostenübernahmen liegen bei rund 1,6 Milliarden Euro. Allerdings herrschen derzeit gar keine Engpässe, sondern eher Überkapazitäten.

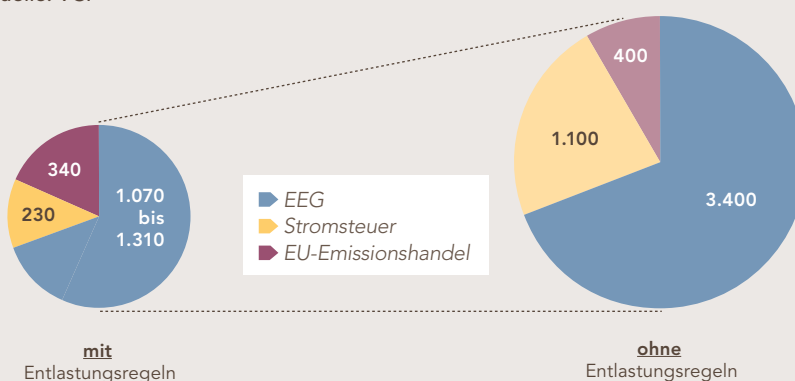
Flexible Energienutzung sicherstellen

- Je dezentraler die Energieerzeugung wird, desto wichtiger werden innovative Speichertechnologien. Die Industrie kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten – vorausgesetzt der regulatorische Rahmen stimmt und Unternehmen erhalten Unterstützung bei ihrer Grundlagenforschung.

Trotz verschiedener Entlastungsregeln, wie der Befreiung stromintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage, sind die gesamten Energiekosten aus EEG, Stromsteuer und EU-Emissionshandel für die Industrie enorm. Das zeigt: Entlastungsregeln sind für viele Unternehmen überlebenswichtig.

HOHE BELASTUNGEN DURCH ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Kosten bezogen auf den Stromverbrauch, 2016, in Mio. Euro;
Quelle: VCI



Klimapolitik

Ganzheitlichen Ansatz verfolgen

Kaum ein Land profiliert sich im internationalen Klimaschutz so stark wie Deutschland. Unter anderem gibt die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzplan bis 2030 nationale Treibhausgas-Minderungsvorgaben für verschiedene Sektoren vor. Der Plan vernachlässigt jedoch, dass die Industrie ihren Beitrag bereits über den europäischen Emissionshandel leistet: Er reduziert den industriellen Treibhausgasausstoß bis 2050 um mehr als 90 Prozent gegenüber 1990.

In der Folge droht die deutsche Klimapolitik noch stärker als bislang zulasten der Wettbewerbsfähigkeit zu gehen – zumal die Ambitionen vieler Länder mit hohem Treibhausgasausstoß hinterhinken und sich stattdessen an wirtschaftlicher Machbarkeit orientieren. Damit der Klimaschutz so breit wie möglich organisiert wird und sowohl technologisch machbar als auch bezahlbar ist, empfiehlt die Chemie:

Emissionshandel globalisieren

- Mit jeder weiteren Verschärfung des EU-Emissionshandels steigt die Gefahr, dass Betriebe ihre Produktion und damit den Treibhausgasausstoß in solche Regionen verlagern, in denen

es keine vergleichbaren Regelungen gibt. Damit wäre keine weitere Tonne Treibhausgas gespart – eventuell würde sogar mehr emittiert. Besser wäre eine Initiative der G20-Staaten für einen einheitlichen Emissionshandel. Die jetzige Bundesregierung sollte in ihrer G20-Präsidentschaft entsprechende Beschlüsse vorantreiben.

Nationale Alleingänge vermeiden

- Ergänzend zum Klimaschutzplan wird über ein nationales Gesetz diskutiert, das die auf Deutschland bezogenen Treibhausgas-Reduktionsziele verankern soll. Das wäre mit den europäischen Emissionshandelsregeln für die Industrie allerdings in der Praxis nicht kompatibel. Sinnvoller als allgemeine Vorgaben wären stattdessen spezifische und vor allem realistische Regelungen für Sektoren und Lebensbereiche außerhalb des Emissionshandels.

Potenziale anderer Sektoren erschließen

- Die nicht vom EU-Emissionshandel erfassten Sektoren Haushalte, Landwirtschaft und Verkehr stoßen ähnlich viele Treibhausgase aus wie Energiewirtschaft und Industrie. An alle Sektoren sollten deshalb auch vergleichbare

Reduktionsanforderungen gestellt werden. Statt die Industrie mit zusätzlichen Vorgaben zu belasten, sollten zuerst andere Effizienz- und Einsparpotenziale erschlossen werden.

Innovationen fördern

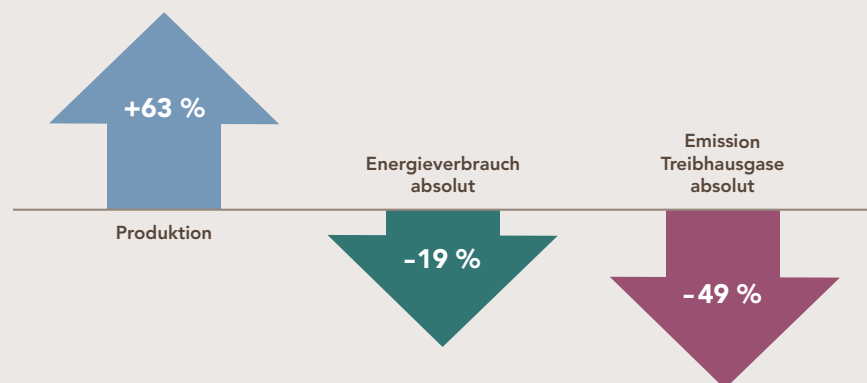
- Die Chemie liefert zahlreiche innovative Produkte und Lösungen, um den Treibhausgasausstoß in der eigenen Produktion sowie in anderen Sektoren zu reduzieren oder gar zu vermeiden. Darüber hinaus investiert sie in Grundlagenforschung, zum Beispiel in Speichertechnologien für flexible Stromnetze. All dies muss angemessen gefördert werden – durch ausreichend finanzierte und technologisch breit angelegte Förderprogramme.

Monitoring verbessern

- Einmal jährlich gibt der Klimaschutzbericht der Bundesregierung Auskunft über die Fortschritte. Er sollte um ein Monitoring der industriellen Entwicklung, insbesondere der energieintensiven Branchen, erweitert werden. Nur so lässt sich nachvollziehen, in welchem Maß die ökologischen und ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit ausgewogen berücksichtigt werden.

BEIM KLIMASCHUTZ IST DIE CHEMIE- UND PHARMA-INDUSTRIE AUF KURS

Veränderung 1990-2015, in Prozent;
Quelle: VCI



Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat zwischen 1990 und 2015 ihre Produktion um mehr als 60 Prozent erhöht. Die Entwicklung ging jedoch keinesfalls zulasten des Klimas: Der absolute Energieverbrauch sank im selben Zeitraum um rund 19 Prozent, der Treibhausgasausstoß um rund 49 Prozent.

Forschungspolitik

Deutschland zum Innovationsweltmeister machen

2016 investierten die deutschen Chemie- und Pharma-Unternehmen etwa 10,7 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE) – das sind 5 Prozent des Umsatzes. Deutschland gehört damit zu den Spitzenstandorten in der Chemieforschung. Doch der Innovationsdruck nimmt zu. Besonders die Schwellenländer holen auf. So wird China bis 2030 rund 15 Prozent der weltweiten Chemie- und Pharma-Forschung leisten.

Damit die Branche ihre gute Stellung langfristig sichern kann, braucht sie Unterstützung. Die sogenannte Innovations-Roadmap des VCI enthält konkrete Handlungsempfehlungen:

Innovationskultur und Talente fördern

- Um die Offenheit für Innovationen zu steigern, müssen die Vorteile von Zukunftstechnologien aufgezeigt und die Begeisterung für Technik und Forschung früh und intensiv gefördert werden. Entsprechend wichtig sind naturwissenschaftliche Bildung, hochwertige akademische Lehre und stetige berufliche Weiterbildung.

Barrieren abbauen

- Die Bundesrepublik braucht ein fest verankertes Innovationsprinzip, um regulatorische und administrative Hemmnisse weiter abzubauen. Erforderlich sind schnellere Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, möglichst wenig Bürokratie und eine Gesetzesfolgenabschätzung, die neue Vorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Innovationen überprüft.

Förderung fokussieren und intensivieren

- Die staatliche FuE-Unterstützung sollte dringend ausgebaut werden – sowohl über eine kohärente Innovationspolitik als auch über höhere Forschungsetats. Zudem sollte möglichst schnell die überfällige steuerliche Forschungsförderung mit einer volumenbasierten Steuergutschrift für alle forschenden Unternehmen eingeführt werden, um volkswirtschaftliche Effekte zu erzielen.

Kooperationen vereinfachen

- Um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern, müssen praxisnahe Forschungsgebiete unterstützt, rechtliche Hürden abgebaut und der Technologietransfer erleichtert werden.

Darüber hinaus profitiert die Innovationskraft von einer lebendigen Start-up-Kultur. Um die finanziellen Grundlagen dafür zu schaffen, dass sich innovative Ideen bis zur Geschäftsidee entwickeln und auch umsetzen lassen, sollte möglichst schnell ein Wagniskapitalgesetz verabschiedet werden. Wie wichtig gute finanzielle Rahmenbedingungen gerade für Start-ups sind, verdeutlicht ein Blick in die USA: Dort erwirtschaften ursprünglich mit Wagniskapital finanzierte Unternehmen heute ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts und beschäftigen 11 Prozent aller Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft.

Zukunftsfeld Biotechnologie

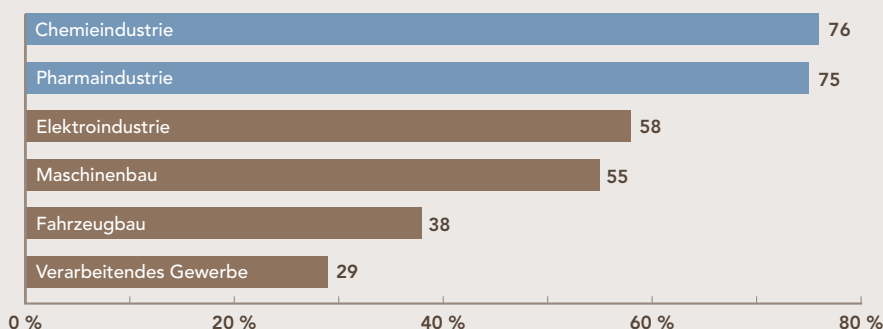
Biotechnologie leistet essenzielle Forschungsbeiträge, unter anderem für Arzneien, Diagnostika, Impfstoffe, an das Klima angepasste Pflanzen sowie für den Pflanzenschutz. Um die globale Spitzenstellung in diesem dynamischen Markt zu halten und auszubauen, setzt sich die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie für forschungs- und zukunftsorientierte politische Rahmenbedingungen in Deutschland ein.

www.dib.org

Rund 75 Prozent der deutschen Chemie- und Pharma-Unternehmen forschen. Die Branche ist damit innovationsorientierter als andere Industriezweige des Verarbeitenden Gewerbes.

HOHE INNOVATIONSORIENTIERUNG IN CHEMIE UND PHARMA

Anteile forschender Unternehmen an allen Firmen in Deutschland, 2014, in Prozent;
Quellen: ZEW, VCI



Steuerpolitik

Investitionen weiter ermöglichen

Die deutsche Wirtschaft leistet nicht nur mit vielen guten Arbeitsplätzen, sondern auch durch ihre Steuerzahlungen einen zentralen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens. Sie ermöglicht dadurch vielfältige staatliche Investitionen. Allerdings sollten die Unternehmen nicht über Gebühr belastet werden: Die Bundesrepublik gilt schon heute als Hochsteuerland – der internationale Steuerwettbewerb ist intensiv.

Umso wichtiger ist eine maßvolle Steuerpolitik, die Raum für Investitionen lässt. Dazu sollten vor allem folgende Empfehlungen berücksichtigt werden:

Steuerrecht wettbewerbsfähig machen

- Das deutsche Steuerrecht muss im internationalen Wettbewerb um Standorte bestehen können. Dazu zählen die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Senkung der Unternehmenssteuersätze. Zudem darf es keine Verschärfung der Unternehmensbesteuerung durch eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungs-

grundlage geben. Ein öffentliches Country-by-Country-Reporting ist zu vermeiden.

Erbschaftsteuer fair gestalten

- Angesichts der anstehenden Vererbungswelle in mittelständischen Familienunternehmen ist darauf zu achten, den Generationswechsel so mittelstandsfreundlich und rechtssicher wie möglich zu gestalten.

Pensionszahlungen absichern

- Die gesetzliche Rente wird unter anderem durch betriebliche Vorsorge flankiert. Die anhaltenden Niedrigzinsen erschweren es jedoch, Pensionsrückstellungen zu erwirtschaften. Mit der Anpassung des handelsbilanziellen Zinssatzes Anfang 2016 wurde zwar bereits gegengesteuert. Doch die Lage bleibt angespannt – als nächstes sollte daher der steuerliche Zinssatz von 6 auf 3 Prozent abgesenkt werden.

Steuerlichen Zinssatz anpassen

- Die Politik muss auf die aktive Niedrigzinspolitik reagieren, um die daraus resultierenden Verwerfungen im

Steuerrecht aufzufangen. Die andauernde Niedrigzinsphase eröffnet zugleich finanzpolitischen Gestaltungsspielraum für Strukturreformen, wie die Regelungen über die Verzinsung von Steuernachforderungen und Erstattungen anzugleichen.

Steuerrecht beihilferechtlich absichern

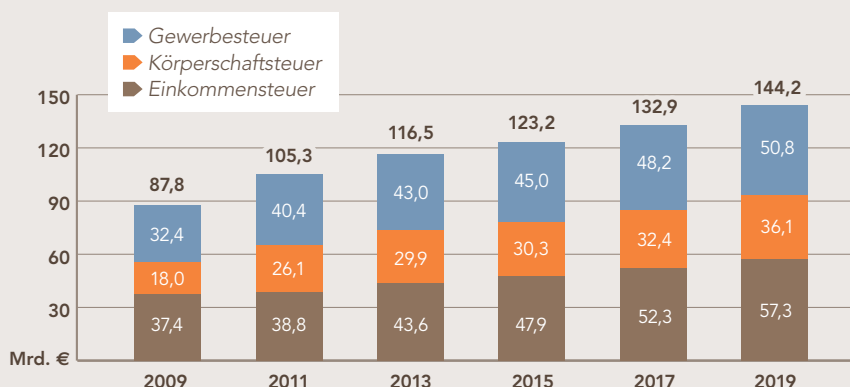
- Die europäische Diskussion über Steuerfragen führt zu erhöhter Rechtsunsicherheit und muss grundsätzlich geklärt werden, da es hier um Eingriffe in originär nationale Gesetzgebung geht.

Von Steuererhöhungen absehen

- 2016 haben die deutschen Gewerbebetriebe rund 128 Milliarden Euro Gewerbe-, Einkommen- und Körperschaftsteuer gezahlt. Hinzu kommen weitere Steuern und Abgaben wie Grund- oder Versicherungssteuer. Zusätzliche Belastungen wie etwa eine Vermögensteuer würden vielen Unternehmen an die Substanz gehen. Sie sind deshalb abzulehnen.

STEUERBELASTUNG STEIGT KONTINUIERLICH

Entwicklung der Steuerbelastung von Gewerbebetrieben, 2009-2019, in Mrd. Euro;
Quelle: IW Köln



Bis 2019 beläuft sich die Belastung für die Unternehmen durch Gewerbe-, Körperschaft- und Einkommensteuer auf voraussichtlich 144,2 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von mehr als 60 Prozent gegenüber 2009. Eine maßvolle Steuerpolitik sollte diesem Trend entgegenwirken.

Gesundheitspolitik

Innovative Therapien und Wirkstoffe fördern

Die Pharmaindustrie investiert jährlich Milliarden in die Erforschung und Entwicklung neuer Therapieformen. Auch durch die Weiterentwicklung bereits bewährter Wirkstoffe leistet die Branche Beiträge zum medizinischen Fortschritt. Doch statt diese anzuerkennen, betrachtet die Politik den Pharmasektor vorrangig unter Kostengesichtspunkten – mit negativen Folgen für all jene Patienten, die auf neue Therapien hoffen.

Damit das hohe Niveau der gesundheitlichen Vor- und Fürsorge weiterhin gehalten wird, empfiehlt der VCI:

Angemessene Preisgestaltung

- Die Entwicklung eines Medikaments mit neuem Wirkstoff dauert etwa zehn bis 13 Jahre und kostet im Durchschnitt rund 1 Milliarde Euro. Die Verlängerung des Preismoratoriums für Arzneimittel bis 2021 ist abzulehnen, da die Preise trotz steigender Entwicklungs- und Produktionskosten bis etwa 2022 auf dem Stand von 2009 eingefroren wären. Der kürzliche Beschluss, das Moratorium durch einen jährlichen Inflationsausgleich abzumildern, ist zu begrüßen. Er reicht aber bei weitem nicht aus, um Kostensteigerungen bei Inflationsraten nahe null zu kompensieren. Gerade die Forschung und Weiterentwicklung

von bewährten Wirkstoffen ist eine Kerndomäne der Pharmaindustrie in Deutschland. Eine ergebnisoffene Bewertung der Resultate und eine faire Preisgestaltung sind dem hohen Aufwand angemessen. Zudem sollte sich die Erstattung von innovativen Therapien nicht mehr am Preisniveau von Generika – dem sogenannten „generischen Preisanker“ – orientieren. Es sollte auch keine Verpflichtung zur Offenlegung der Erstattungsbeträge geben.

Innovationen fördern

- Pharma-Unternehmen dürfen nach dem Willen der jetzigen Bundesregierung den Preis für innovative Medikamente für das erste Jahr nach Zulassung frei festsetzen – ein wichtiger Schritt, damit neue Wirkstoffe schnell zur Verfügung stehen. Diese freie Preisbildung soll aber durch eine Umschwellen begrenzt werden: Wird sie überschritten, wird rückwirkend der noch zu verhandelnde Erstattungsbeitrag berechnet. Eine solche Art von „Strafsteuer“ wirkt innovationshemmend und muss verhindert werden.

Regulierung abbauen

- Klinische Studien sind Grundvoraussetzung für die möglichst schnelle Anwendung am Patienten. Die Verfah-

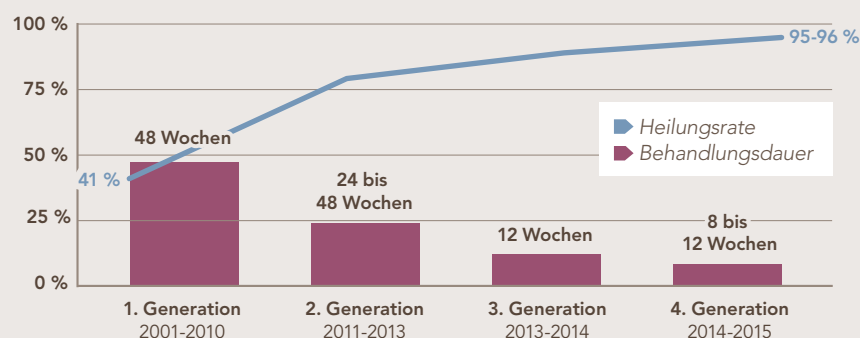
ren müssen jedoch vereinfacht werden: Verschiedene deutsche Sondervorschriften sorgen für teils erhebliche Verzögerungen. Zudem soll durch ein Softwaresystem direkter Einfluss auf die Verordnung der Ärzte genommen werden. Hier steht nicht das Patientenwohl, sondern die Ausgabenreduktion im Vordergrund. Neben Zwangsrabatten für die Kassen werden die gemeinschaftlich verhandelten Preise zusätzlich auf regionaler Ebene hinterfragt.

Biopharmazeutika im Aufwind

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Biopharmazeutika in der klinischen Entwicklung verdoppelt. Die Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Onkologie, Infektion und Immunologie. Zudem sind derzeit 72 neue Schutzimpfungspräparate bei Unternehmen in Deutschland in der Pipeline. Diese können nicht nur zur Gesundheitsvorsorge beitragen, sondern auch helfen, den Antibiotika-Einsatz zu reduzieren und den zunehmenden Resistenzen vorzubeugen.

OPTIMIERTE THERAPIEN AM BEISPIEL VON HEPATITIS C

Heilungsraten und Behandlungsdauer, in Prozent und Wochen;
Quelle: BPI



In Deutschland leiden 2,4 Millionen Menschen an Hepatitis C. Das Virus führt zu schweren Leberschäden, eine Infektion kann unter Umständen tödlich verlaufen. Dank hochwirksamer Medikamente ist Hepatitis C heutzutage jedoch weitgehend heilbar: Binnen 15 Jahren stieg die Heilungsrate von 41 auf mehr als 95 Prozent. Im selben Zeitraum sank die Behandlungsdauer von 48 auf maximal zwölf Wochen.

Agrarpolitik

Innovationen für eine moderne Landwirtschaft

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf voraussichtlich bis zu zehn Milliarden Menschen anwachsen. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Rohstoffen wird sich bis dahin im Vergleich zur Jahrtausendwende verdoppelt haben. Da die Anbauflächen nicht beliebig erweitert werden können, bleibt nur ein Weg, um die stetig wachsende Weltbevölkerung hochwertig zu versorgen: Landwirte müssen auf gleicher Fläche mehr produzieren. Ein Schlüssel dazu sind innovative Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger.

Die moderne Landwirtschaft in Deutschland erzielt zurzeit beim Anbau der wichtigsten Kulturpflanzen wie zum Beispiel Weizen oder Kartoffeln auf gleicher Fläche doppelt so viel Ertrag wie ökologisch bewirtschaftete Betriebe, die auf Mineraldünger und die meisten chemischen Pflanzenschutzmittel verzichten. Im Umkehrschluss folgt daraus: Bei einer Umstellung auf Ökolandbau müssten hierzulande für die gleiche Erntemenge die Anbauflächen verdoppelt werden.

Doch statt die Zukunftsfähigkeit der Lebensmittelversorgung bei gleichbleibendem Flächenverbrauch zu sichern,

indem die Entwicklung innovativer Lösungen gefördert wird, sieht sich die Branche zunehmenden Hemmnissen gegenüber.

Zulassungssystem vor dem Kollaps

Die EU hat seit 2009 das weltweit strengste Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln: Von den Mitgliedstaaten dürfen nur solche Mittel zugelassen werden, deren Wirkstoffe in einer EU-weiten Positivliste geführt werden. Gerade in Deutschland, einem wichtigen Kompetenzzentrum auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes, hakt es bei der Umsetzung. Ein Audit im Auftrag der Europäischen Kommission zeigte 2016, dass die klar definierten Fristen im Zulassungsverfahren von den deutschen Behörden noch nie eingehalten wurden. Die Pflanzenschutzmittel-Zulassung hat sich zu einem echten Nadelöhr und damit zu einem gravierenden Wettbewerbsnachteil für deutsche Landwirte entwickelt. Die hiesige Agrarwirtschaft läuft Gefahr, vom technischen Fortschritt entkoppelt zu werden. Die Bundesregierung sollte das Zulassungssystem grundlegend reformieren. Es sollte nur noch eine, dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium unterstellte Institution geben, die politisch

unabhängig, wissenschaftsbasiert und nicht weisungsgebunden alle Zulassungsdossiers bewertet.

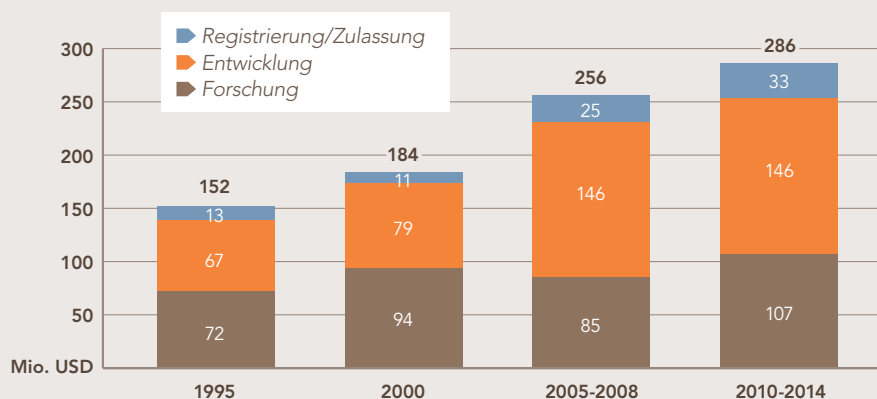
Aufwand steigt unverhältnismäßig

Innerhalb von rund 20 Jahren haben sich die Kosten für die Entwicklung und Markteinführung eines Pflanzenschutzmittels fast verdoppelt: Sie stiegen von 1995 bis 2014 auf etwa 251 Millionen Euro (286 Millionen US-Dollar). Allein die regulatorischen Kosten haben sich seit 2000 verdreifacht. Ebenso bedenklich ist die lange Entwicklungszeit: Mittlerweile liegen zwischen der ersten Synthese einer neuen Substanz und dem Beginn der Produktvermarktung durchschnittlich 11,3 Jahre. Wird eine innovative Substanz also heute entdeckt, kann sie ihre Wirkung voraussichtlich erst Ende der 2020er Jahre entfalten. Die Bundesregierung muss sich in der EU dafür einsetzen, dass die Erforschung und Entwicklung innovativer Wirkstoffe nicht durch realitätsferne Prüfanforderungen wie zum Beispiel das Bee Guidance Document behindert werden.

STEIGENDER AUFWAND IN DER PFLANZENSCHUTZENTWICKLUNG

Kosten für einen neuen Wirkstoff, 1995-2014, in Mio. US-Dollar;

Quelle: CropLife International & ECPA



Die globale Landwirtschaft ist auf innovative Lösungen angewiesen, um die wachsende Weltbevölkerung sicher und hochwertig zu versorgen. Doch Forschung, Entwicklung, Registrierung und Zulassung moderner Produkte und Technologien verschlingen immer mehr Geld und Zeit.



Schlaglichter der chemisch-pharmazeutischen Industrie

Wichtige volkswirtschaftliche Stütze

DEUTSCHLAND IST DIE DRITTGRÖSSTE CHEMIE- UND PHARMA-NATION DER WELT

► Umsatz (2016): **183 Mrd. €**

DIE BRANCHE SICHERT ARBEITSPLÄTZE

► Zahl der Beschäftigten 2010: **414.766**

► Zahl der Beschäftigten 2016: **446.000**

► Veränderung: **+ 7,5 %**

DIE BRANCHE INVESTIERT JÄHRLICH MILLIARDENBETRÄGE

► Sachanlageinvestitionen im Inland (2016): **7,1 Mrd. €**

► Sachanlageinvestitionen im Ausland (2016): **8,4 Mrd. €**

DIE BRANCHE GEHÖRT ZU DEN INNOVATIONSMOTOREN

► Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (2016): **10,7 Mrd. €**

ANTEIL DER BETRIEBE, DIE IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG INVESTIEREN

► Chemisch-pharmazeutische Industrie: **75 %**

► Durchschnitt Verarbeitendes Gewerbe: **29 %**

DIE BRANCHE IST TROTZ HOHER ENERGIE-INTENSITÄT ENERGIESPARER

► Absoluter Energieverbrauch 1990-2015: **- 19 %**

► Absoluter Treibhausgasausstoß 1990-2015: **- 49 %**

Quellen: Destatis, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, VCI

*Appell für eine nachhaltige Industriepolitik***Sechs Leitlinien für einen starken Standort**

Die deutsche Chemie- und Pharma-Industrie gehört zu den tragenden Säulen der hiesigen Wirtschaft. Damit sie ihre Verantwortung für Wohlstand und Stabilität auch in Zukunft wahrnehmen kann, ist die Branche auf eine nachhaltige Industriepolitik angewiesen. Eine solche Politik sorgt dafür, dass ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in allen Lebensbereichen gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Damit dies gelingt, sollte sich die künftige Bundesregierung bei der Ausgestaltung ihres Koalitionsvertrags an einigen Leitlinien orientieren. Eine nachhaltige Industriepolitik sollte:

- im Rahmen einer nach außen offenen, sozialen Marktwirtschaft erfolgen. Wettbewerb nach klaren und stabilen Regeln ist der Motor für Innovation, Wachstum und Effizienz. Gleichzeitig schützt er vor Verschwendung und überholten Sonderrechten.
- moderne Infrastrukturen bereitstellen. Technische und soziale Infrastrukturen sind öffentliche Güter, die vom Staat bereitgestellt werden und eines guten Regulierungsrahmens bedürfen.
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick haben. Deutschland als global vernetzte Volkswirtschaft steht im internationalen Wettbewerb. Und die Welt holt auf.
- die Innovationsfähigkeit stärken – für mehr Wettbewerbsfähigkeit und für die Lösung globaler Herausforderungen.
- die kosteneffiziente Erreichung ökologischer und sozialer Ziele anstreben – kurzfristig mit Blick auf Kosten und Wettbewerbsfähigkeit, langfristig mit Blick auf Freiräume für Innovationen.
- Ergebnis eines breiten Dialogs mit den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sein.

Chemie³ – die Nachhaltigkeitsinitiative der Chemie

Gemeinsam mit der Gewerkschaft IG BCE und dem Arbeitgeberverband BAVC hat sich der VCI mit der Initiative Chemie³ zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit als Leitbild in der Branche zu verankern. Der Schutz von Mensch und Umwelt sowie der Einsatz für gute und faire Arbeitsbedingungen sind schon lange Grundprinzipien der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie. Das zeigt sich zum Beispiel im Responsible-Care-Programm und der einzigartigen Chemie-Sozialpartnerschaft. Innovationen der chemischen Industrie leisten schon heute einen wichtigen Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen. Gleichzeitig sind sich die Allianzpartner bewusst, dass viele Aufgaben noch vor ihnen liegen.

Ziel ist es, die Position der Chemie als Schlüsselindustrie für eine nachhaltige Entwicklung weiter auszubauen. Dazu gehört auch der offene Dialog mit Politik und Gesellschaft über gute und nachhaltige Rahmenbedingungen am Industriestandort Deutschland.

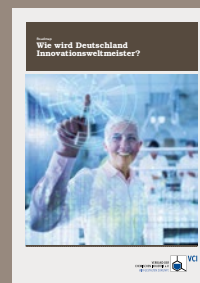
Weiterführende Informationen:

www.vci.de/nachhaltigkeit

www.chemiehoch3.de

**Wie wird Deutschland Innovationsweltmeister?**

Eine Roadmap des VCI und ein Positionspapier der Chemieorganisationen aus Wissenschaft und Wirtschaft zeigen Lösungen und Handlungsempfehlungen auf.

**Ihre Ansprechpartner**

Geschäftsführer VCI-Hauptstadtbüro Norbert Theihs

E-Mail theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12

Leiter VCI-Europabüro Attila Gerhäuser

E-Mail gerhaeuser@bruessel.vci.de

Telefon +32 (0)2 54806-90

Weitere Informationen www.vci.de/politikbrief

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),

Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt

Telefon +49 (0)69 2556-0

Verantwortlich Jenni Glaser

Redaktionsschluss 1. Februar 2017

Agenturpartner Köster Kommunikation, GDE

Klimaneutral gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft.